

### Armut und Armutsbekämpfung in Lateinamerika

Sangmeister, Hartmut

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

GIGA German Institute of Global and Area Studies

#### **Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Sangmeister, H. (2001). *Armut und Armutsbekämpfung in Lateinamerika*. (Brennpunkt Lateinamerika, 14). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443440>

#### **Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

#### **Terms of use:**

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



# BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 14

31. Juli 2001

ISSN 1437-6148

## Armut und Armutsbekämpfung in Lateinamerika

Hartmut Sangmeister

*Vom 14.-20. Mai 2001 tagte in Brüssel auf Einladung der Europäischen Union die Dritte Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder. Eines der Hauptthemen der Konferenz war einmal mehr die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern. Zu der Gruppe der Least Developed Countries (LDCs) gehören derzeit 49 Staaten, davon 34 in Afrika südlich der Sahara, neun Staaten in Asien, fünf pazifische Inselstaaten; in Lateinamerika steht lediglich Haiti auf der LDC-Liste der Vereinten Nationen. Hingegen finden sich auf der Liste der hoch verschuldeten armen Länder (Heavily Indebted Poor Countries - HIPCs) mit Bolivien, Guyana, Honduras und Nicaragua vier lateinamerikanische Staaten. Aber nicht Länder oder Nationen sind arm, sondern Menschen. Schätzungen der Weltbank zufolge lebten Ende der neunziger Jahre etwa 12 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung in extremer Armut. Dies bedeutet, dass mehr als 60 Millionen Menschen in Lateinamerika weniger als US\$ 1 pro Tag zur Verfügung hatten.*

### 1. Arme Länder in Lateinamerika: LDCs, LICs und HIPCs

Armut ist nach wie vor ein gewaltiges globales Problem. Das ist eine der zentralen Botschaften des *Weltentwicklungsberichts 2000/2001* der Weltbank, der sich – wie auch schon die *Weltentwicklungsberichte 1980 und 1990* – mit der Bekämpfung der Armut befasst. Lateinamerika scheint von dem Armutsproblem im Vergleich mit anderen Weltregionen weniger betroffen zu sein. Zumindest könnte dieser Eindruck anhand diverser Listen der armen Länder dieser Welt entstehen, auf denen sich insgesamt nur fünf Staaten Lateinamerikas und der Karibik finden (vgl. Tabelle 1).

Zu den *Least Developed Countries* (LDCs) rechnen die Vereinten Nationen in Lateinamerika lediglich Haiti. Der Gruppe der Niedrigeinkom-

mentländer – der *Low Income Countries* (LICs) – ordnet die Weltbank Haiti und Nicaragua zu.

**Tabelle 1: Arme Länder in Lateinamerika**

Land	Klassifiziert als		
	LDC	LIC	HIPC
Bolivien			X
Guyana			X
Haiti	X	X	
Honduras			X
Nicaragua		X	X

Vier Länder Lateinamerikas werden vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank als hochverschuldete arme Länder

klassifiziert (*Highly Indebted Poor Countries* – HIPC). Den Listen der armen Länder liegen unterschiedliche Klassifikationskriterien zugrunde, die verschiedene Dimensionen von Entwicklung und Armut berücksichtigen. Während die eindimensionale Klassifikation der LIC-Liste nur das Pro-Kopf-Einkommen eines Landes berück-

sichtigt, werden bei der HIPC-Liste neben dem Pro-Kopf-Einkommen auch Verschuldungskriterien erfasst; bei der LDC-Klassifikation wird ein Indikatorenbündel verwendet, das mehrere Dimensionen von Entwicklung darstellen soll (vgl. Kasten 1).

### **Kasten 1: Kriterien zur Klassifikation armer Länder**

#### **1. Die LDC-Kriterien**

Der Begriff der *Least Developed Countries* (LDCs, früher LLDCs) wurde 1971 von den Vereinten Nationen eingeführt, um auf die besonderen Entwicklungsprobleme der ärmsten Länder hinzuweisen. Seit 1991 gelten für die Klassifikation als LDC neue Kriterien. Grundsätzlich sollen als LDCs nur Niedrigeinkommensländer mit maximal 75 Mio. Einwohner klassifiziert werden, die (1.) an langfristiger Armut durch Wachstumshemmnisse leiden, (2.) an einem niedrigen Entwicklungsstand ihrer menschlichen Ressourcen und/oder (3.) an gravierenden Strukturschwächen, d.h. an mangelnder wirtschaftlicher Diversifizierung. Messgrößen für diese drei Kriterien sind:

- das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Durchschnitt der letzten 3 Jahre,
- der *Augmented Physical Quality of Life Index* (APQLI), der sich aus vier Indikatoren zusammensetzt (Lebenserwartung bei der Geburt; Kalorienversorgung pro Kopf; Einschulungsrate in Primar- und Sekundarschule; Alphabetisierungsquote der Erwachsenen),
- der *Economic Diversification Index* (EDI), der die Anteile des Industriesektors am BIP, die Beschäftigtenzahl in der Industrie, den Stromverbrauch pro Kopf und die Ausrichtung der Exportstruktur berücksichtigt.

Um auf die LDC-Liste zu kommen, darf ein Land bei der Bevölkerungszahl, dem Pro-Kopf-BIP, dem APQLI und EDI bestimmte Obergrenzen nicht überschreiten; außerdem wird der Anteil der empfangenen Entwicklungshilfe (*Official Development Assistance* – ODA) am BIP mit berücksichtigt. Ein Land wird von der LDC-Liste gestrichen, wenn es drei Jahre lang die Obergrenzen bei zwei der drei Messgrößen überschreitet.

#### **2. Die LIC-Kriterien**

Die Weltbank klassifiziert ein Land als *Low Income Country* (LIC), wenn das Bruttonationaleinkommen (BSP) pro Kopf der Bevölkerung unterhalb eines bestimmten Wertes liegt, der jährlich entsprechend der weltweiten Wirtschaftsentwicklung angepasst wird. Im Jahr 2000 gehörten zu der Gruppe der LICs 64 Staaten, deren Pro-Kopf-BSP US\$ 755 oder weniger betrug. LICs erhalten von der zu der Weltbank-Gruppe gehörenden *International Development Association* (IDA) Kredite zu weitaus günstigeren Bedingungen als andere Entwicklungsländer.

#### **3. Die HIPC-Kriterien**

Um die Schuldenlast der ärmsten Länder zu vermindern, starteten Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank 1996 gemeinsam die Initiative für die *Heavily Indebted Poor Countries* (HIPC). Beim G7-Gipfeltreffen 1999 in Köln beschlossen die Staats- und Regierungschefs eine Erweiterung und Beschleunigung der HIPC-Initiative.

Ein Land kann als HIPC klassifiziert werden, wenn es aufgrund der von Weltbank und IWF durchgeführten *Debt Sustainability Analysis* als untragbar hoch verschuldet gilt; dies ist dann der Fall, wenn u.a. folgende Quoten bestimmte Grenzwerte übersteigen:

- Gegenwartswert der Auslandsschulden in % der Exporterlöse > 150%,
- Auslandsschulden im Verhältnis zu den Staatseinnahmen > 250%.

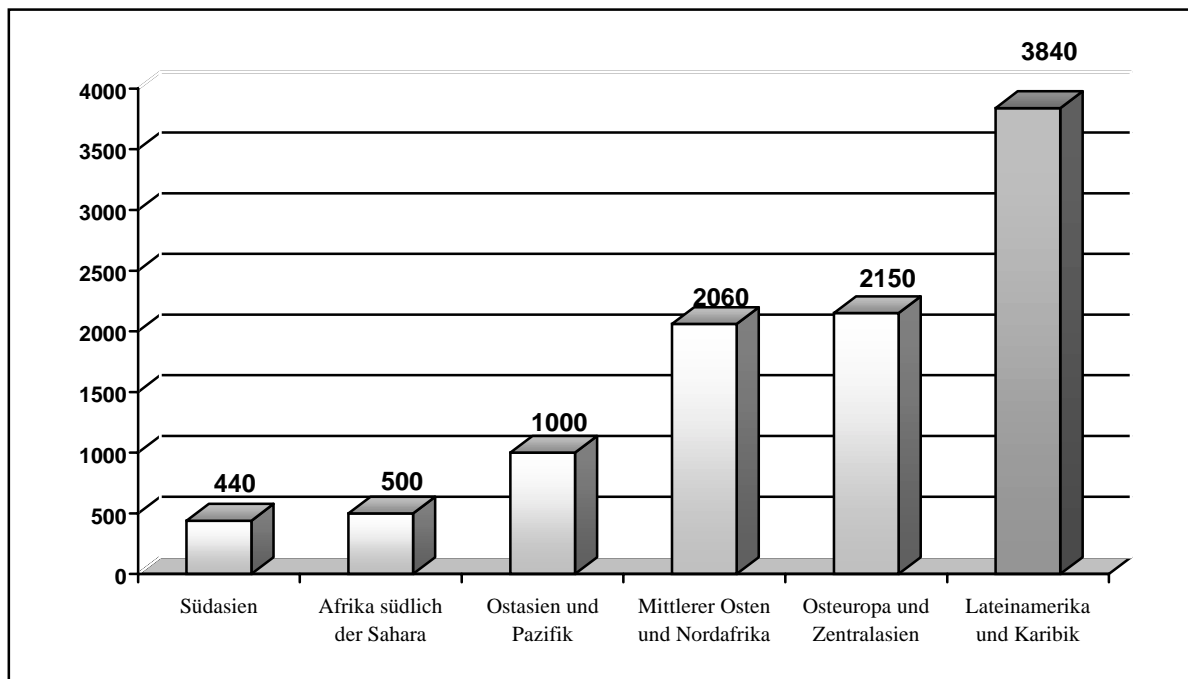
Damit sich ein Land im Rahmen der HIPC-Initiative für eine Schuldenreduzierung qualifiziert, muss es in einer ersten, dreijährigen Phase von IWF und IDA unterstützte Strukturreformen in angemessener Weise durchführen und zusammen mit der Zivilgesellschaft eine Strategie der Armutsbekämpfung (*Poverty Reduction Strategy* – PRS) formulieren; in der zweiten Phase ist die PRS auf der Grundlage einer auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichteten Politik umfassend zu implementieren.

Auf dem Milleniumsgipfel der Vereinten Nationen im September 2000 in New York hat sich die internationale Staatengemeinschaft ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: bis zum Jahre 2015 soll der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen (die mit weniger als US\$ 1 pro Tag leben müssen) gegenüber dem Stand von 1990 halbiert werden. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, ist allerdings mehr als fraglich. Die Zahl der extrem Armen in den Entwicklungsländern beträgt über 1,2 Milliarden, rund 2,8 Milliarden Menschen haben weniger als US\$ 2 pro Tag zur Verfügung. Trotz vielfältiger Programme zur Armutsbekämpfung hat sich der Abstand zwischen reichen und armen Ländern in den zurückliegenden Dekaden weiter vergrößert. Und in kaum einer anderen Weltregion ist der Abstand von den armen zu den reichen Ländern so ausgeprägt wie in den beiden Amerikas. Das Pro-Kopf-BSP der USA betrug 1999 mit US\$ 30.600 mehr als das Siebzigfache des entsprechenden Vergleichswertes

für das ärmste Land der Region, Nicaragua, das mit einem Pro-Kopf-BSP von US\$ 430 im *ranking* der Weltbank lediglich Platz 163 einnahm – direkt hinter Haiti und Indien, nahezu gleichauf mit Ländern wie Ghana oder Mauretanien.

Insgesamt ist Lateinamerika im internationalen Vergleich eine Region mittleren Einkommens, deren Pro-Kopf-BSP 1999 mit US\$ 3.840 die entsprechenden Vergleichswerte aller übrigen Entwicklungsländer-Regionen übertraf (vgl. Abbildung 1). Fast alle lateinamerikanischen und karibischen Staaten sind in der Weltbank-Klassifikation den Entwicklungsländern mit mittlerem Einkommen zugeordnet (Pro-Kopf-BSP 1999 zwischen US\$ 756 und US\$ 9.265), die Bahamas und Barbados sogar der Gruppe der Hoheinkommensländer. Innerhalb Lateinamerikas gehören derzeit lediglich Haiti und Nicaragua als Niedrigeinkommensländer zur Gruppe der weltweit insgesamt 64 LICs.

**Abbildung 1: Lateinamerika im internationalen Vergleich: Bruttonetozialprodukt pro Kopf 1999 (in US-Dollar)**



Quelle: World Bank: *World Development Report 2000/01: Attacking Poverty*, New York 2001, S. 275.

Mit der Situation der am wenigsten entwickelten Länder der Welt, der *Least Developed Countries* (LDCs), befasste sich im Mai 2001 auf Einladung der Europäischen Union (EU) die Dritte LDC-Konferenz der Vereinten Nationen. Auf dieser „Armutskonferenz“ wurde ein globales Aktionsprogramm angenommen, mit dem die 49

LDCs bei der Bekämpfung der Armut unterstützt werden sollen. Die EU will mit ihrer „*Everything but arms*“-Initiative ihre Märkte für alle Warenimporte aus LDCs öffnen – ausgenommen Waffenimporte. Innerhalb der nächsten vier bis acht Jahre soll den LDCs schrittweise der zoll- und quotenfreie Zugang zu den EU-Märkten auch für

landwirtschaftliche Produkte wie Reis, Zucker und Bananen ermöglicht werden. Von dieser EU-Initiative kann als einziges lateinamerikanisches Land Haiti profitieren, da kein anderer Staat der Region auf der LDC-Liste steht. Aber selbst wenn Haiti die Exporterleichterungen nutzen sollte, wird das Land kaum eines der für das Jahr 2015 international vereinbarten Entwicklungsziele erreichen. Um beispielsweise in Haiti bis zum Jahr 2015 das Ziel einer Reduzierung der Säuglingssterblichkeitsziffer um zwei Drittel gegenüber dem Stand von 1990 zu erreichen, müsste innerhalb dieses Zeitraums die Zahl der Todesfälle je 1.000 Neugeborenen vor Vollendung des ersten Lebensjahres von 85,4 auf 28,5 sinken, was bis zum Jahr 1998 einen Rückgang auf 67,2 bedeutet hätte; tatsächlich lag die Säuglingssterblichkeitsziffer 1998 in Haiti aber noch bei über 70 Todesfällen je 1000 Neugeborenen und damit mehr als doppelt so hoch wie im lateinamerikanischen Durchschnitt. Schätzungen der Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) im „*Least Developed Countries 2000 Report*“ zufolge, wird in Haiti auch in 100 Jahren noch nicht das Ziel eines Pro-Kopf-Einkommens von US\$ 900 erreicht sein, sofern in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes keine grundlegenden Änderungen gegenüber der zurückliegenden Dekade eintreten.

Unter der Bedingung, wirtschafts- und finanzpolitische Strukturreformen durchzuführen und zusammen mit der Zivilgesellschaft Strategien der Armutsbekämpfung zu entwickeln, wurden den hochverschuldeten armen Entwicklungsländern im Rahmen der HIPC-Initiative substantielle Schuldenerleichterungen in Aussicht gestellt. Bis März 2001 haben vier lateinamerikanische HIPC-Länder – Bolivien, Guyana, Honduras und Nicaragua – nach der ersten, dreijährigen Reformphase den *decision point* erreicht und sich damit für Schuldenreduzierungen qualifiziert. Dies bedeutet für diese Länder einen durchschnittlichen Schuldenabbau von fast 50 Prozent; bezogen auf den Nennwert der bestehenden Auslandskredite werden Nicaragua US\$ 4,5 Mrd. erlassen, Bolivien US\$ 2,1 Mrd., Guyana US\$ 1,1 Mrd. und Honduras US\$ 900 Mio. Bolivien gehörte zu den HIPC-Ländern, die sich als erste für den Erlass multilateraler Schulden qualifizieren konnten; die bolivianische Regierung hat eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Schuldenerlass erfüllt, indem sie mit der Bevölkerung eine Strategie zur Armutsbekämpfung erarbeitete.

Ein weitgehender Schuldenerlass für die armen lateinamerikanischen Staaten kann zwar hilfreich für die Überwindung wirtschaftlicher

und sozialer Probleme sein, stellt aber keine Gewähr für eine erfolgreiche Bekämpfung der endemischen Armut in diesen Ländern dar. Ohnehin hat UNCTAD-Generalsekretär Rubens Ricupero kürzlich in einem Interview mit der Zeitschrift „The Courier“ (Nr. 186, May-June 2001) vor übertriebenen Hoffnungen auf positive Auswirkungen bisheriger Entschuldungsinitiativen für die armen Entwicklungsländer gewarnt; die diesbezüglichen Projektionen der internationalen Finanzierungsinstitutionen seien unrealistisch, da sie auf überoptimistischen Prognosen für das Wachstum der Wirtschaft und der Exporterlöse in den LDCs basierten.

Auch ein erhöhter Mittelzufluss im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in die armen Länder Lateinamerikas zeigt nur wenig Wirkung, wenn nicht gleichzeitig ein Umfeld geschaffen wird, in dem Armutsminderung stattfinden kann. So sind beispielsweise die ODA-Leistungen der Geberländer pro Kopf der Bevölkerung Haitis von US\$ 26 im Jahre 1990 auf US\$ 53 im Jahre 1998 verdoppelt worden, auf insgesamt über US\$ 1 Mrd. ODA-Mittel und damit auf mehr als 10 Prozent des haitianischen BSP. Trotz des verstärkten Zuflusses externer Mittel für Entwicklungsprogramme und -projekte zeigen sich bei sozialen Indikatoren noch keine grundlegenden Verbesserungen. 1998 lag der *Human Development Index* (HDI) für Haiti nur geringfügig über dem Wert des Jahres 1990 und das Land rangierte im *Human Development Report 2000* des *United Nations Development Programme* (UNDP) auf einem der hintersten Plätze (Rang 150 von 174). Der für Haiti 1998 ermittelte HDI von 0,440 (1990: 0,436) lag weit unter dem Durchschnittswert des HDI für Lateinamerika und die Karibik (1998: 0,758). Das Beispiel Haiti zeigt, dass die Möglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit beschränkt bleiben, wo entwicklungshemmende Rahmenbedingungen nicht verändert und die Empfängerländer selbst nicht Hauptakteure einer eigenen Strategie der Armutsbekämpfung sind. Zudem ist eine wirkungsvolle Bekämpfung der Armut nicht nur eine Frage des Geldes; sie erfordert auch ein transparentes und demokratisch legitimes Regierungshandeln mit einer stabilitätsorientierten, auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

## 2. Wann sind Menschen arm?


Nicht Länder oder Nationen sind arm, sondern Menschen. Schätzungen der Weltbank zufolge lebten Ende der 90er-Jahre etwa 12 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung in extremer

Armut. Dies bedeutet, dass mehr als 60 Millionen Menschen in Lateinamerika mit weniger als US\$ 1 pro Tag auskommen mussten (vgl. Tabelle 2). Bezogen auf die gesamte Region waren die relativen und absoluten Zahlen der extrem armen

Bevölkerung im Verlauf der 90er-Jahre rückläufig; allerdings zeigt sich für die nach Ländern disaggregierte Armutsinzidenz in Lateinamerika ein sehr viel differenzierteres Bild (vgl. Tabelle 3).

**Tabelle 2: Armut in Lateinamerika und der Karibik**

In extremer Armut (pro Kopf/Tag weniger als US\$ 1) lebten in Lateinamerika und der Karibik:

	im Jahr		in % der Bevölkerung
	<b>1990</b>	74 Mio. Menschen	16,8 %
	<b>1993</b>	71 Mio. Menschen	15,3 %
	<b>1996</b>	76 Mio. Menschen	15,6 %
	<b>1998</b>	61 Mio. Menschen	12,1 %

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: *Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe*, Bonn 2001, S. 1.

Die statistischen Angaben über das Ausmaß der Armut in Lateinamerika schwanken stark, je nachdem, wie Armut definiert und gemessen wird. Den international vergleichenden Armutsstatistiken liegt als konventioneller Maßstab des materiellen Lebensstandards das Geldeinkommen zugrunde. Als arm gilt, wer weniger als US\$ 2 pro Tag zur Verfügung hat, als extrem arm, wer täglich mit weniger als US\$ 1 auskommen muss. Arm ist demnach, wer ein bestimmtes Geldeinkommen nicht erreicht oder eine bestimmte Ausgabensumme für die Lebenshaltung nicht finanzieren kann, wer also unter einer monetären „Armutslinie“ bleibt. Aber auch ein Einkommen oberhalb einer solchen „Armutslinie“ gewährleistet den Beziehern nicht notwendigerweise einen

Mindest-Lebensstandard, wenn sie durch Marktunvollkommenheiten oder soziale Partizipations-schranken am Zugang zu Produktionsfaktoren, Waren und Dienstleistungen gehindert werden. Ein weiterer Nachteil der einkommensorientierten Armutsmessung besteht darin, dass die Kaufkraft eines identischen Einkommensbetrages möglicherweise stark differiert, wenn erhebliche regionale Preisunterschiede innerhalb eines Landes oder zwischen Stadt und Land bestehen. Den tatsächlichen Gegebenheiten und Erscheinungsformen von Armut kann mit der Identifikation „nationaler Armutslinien“ besser Rechnung getragen werden, wozu sich die Teilnehmerstaaten des Weltsozialgipfels 1995 in Kopenhagen verpflichtet haben.

**Tabelle 3: Armutsinzidenz in lateinamerikanischen Ländern**

Land	Bevölkerung, die unterhalb der Armutsgrenze lebt (in % der Gesamtbevölkerung)				
	Jahr	< 1 US\$ <sup>a</sup> /Tag	< 2 US\$ <sup>a</sup> /Tag	Jahr	< nationale Armutslinie
Argentinien	..	..	..	1993	17,6
Bolivien	1990	11,3	38,6	1995	79,1 <sup>b</sup>
Brasilien	1997	5,1	17,4	1990	17,4
Chile	1994	4,2	20,3	1994	20,5
Costa Rica	1996	9,6	26,3	..	..
Dominikanische Republik	1996	3,2	16,0	1992	20,6
Ecuador	1995	20,2	52,3	1994	35,0
El Salvador	1996	25,3	51,9	1992	48,3
Guatemala	1989	39,8	64,3	..	..
Haiti	..	..	..	1993	65,0
Honduras	1996	40,5	68,8	1993	53,0
Jamaica	1996	3,2	25,2	1992	34,2
Kolumbien	1996	11,0	28,7	1992	17,7
Mexiko	1995	17,9	42,5	1988	10,1
Nikaragua	1989	3,0	..	1993	50,3
Panama	1997	10,3	25,1	1997	37,3
Paraguay	1995	19,4	38,5	1991	21,8
Peru	1996	15,5	41,4	1997	49,0
Trinidad & Tobago	1996	12,4	..	1995	21,0
Uruguay	1989	<2,0	6,6	..	..
Venezuela	1996	14,7	36,4	1989	31,3

<sup>a</sup> In Kaufkraftparitäten von 1993 der nationalen Währungen gegenüber dem US-Dollar.

<sup>b</sup> Nur ländliche Bevölkerung.

.. Nicht verfügbar.

Quelle: World Bank: *World Development Report 2000/2001*, New York 2001, S. 280-281.

United Nations Development Programme: *Human Development Report 2000*, New York 2000, S. 169-171.

Armut lässt sich nicht allein anhand des Geldbetrages messen, der einem Individuum täglich zur Verfügung steht. Eine solche einkommensorientierte Messung von Armut vermag zwar Kaufkraftdefizite aufzuzeigen, sie lässt aber nicht erkennen, welche materiellen und nicht-materiellen Bedürfnisse mit einem Einkommen tatsächlich befriedigt werden können, das über

oder unter einer wie auch immer definierten monetären „Armutslinie“ liegt. Arm ist, wer in einer Gesellschaft als arm gilt und sich selbst als arm empfindet. Arm ist aber nicht nur, wer vorhandene Bedürfnisse nicht befriedigen kann, sondern auch jemand, der in der Wahl seiner Bedürfnisse eingeschränkt ist. Versteht man als Ziel von Entwicklung das Vorhandensein körperlichen, sozia-

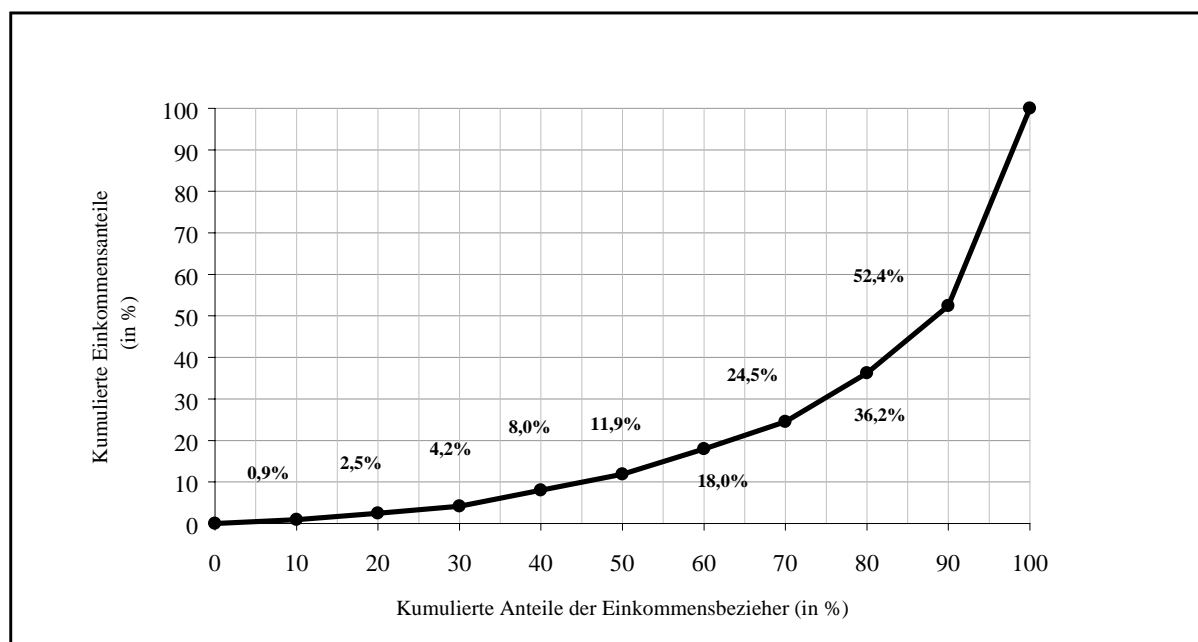
len und mentalen Wohlbefindens in einer dauerhaft lebenswerten Umwelt und sieht dies wiederum als Voraussetzung für Selbstverantwortlichkeit und die Fähigkeit der Menschen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, dann bedeutet Armut, dass Defizite bei der Befriedigung materieller und immaterieller Grundbedürfnisse vorhanden sind. Arm zu sein heißt dann, nicht ausreichend zu essen zu haben, ohne eine hinreichende medizinische Betreuung in Behausungen ohne Wasser, Licht und Abfallbeseitigung leben und arbeiten zu müssen, keinen Zugang zu Bildungseinrichtungen zu haben. Arme Menschen können sich gegen Risiken wie wirtschaftliche Krisen, Naturkatastrophen und Gewalt kaum absichern, sie sind in der Wahrnehmung ihrer politischen Mitbestimmungsrechte *de facto* eingeschränkt.

Die Daten aus den Armutsstatistiken Lateinamerikas dürfen nicht vergessen lassen, dass Hunger, Krankheit, Unwissenheit und gesellschaftliche Marginalisierung Menschen erleiden, von denen jeder einmalig ist und jeder sein Schicksal ertragen muss. So sind beispielsweise hinter der Zahl von 49 Prozent Armen, die 1997 für Peru ermittelt wurde, jene mehrere Hunderttausend Bewohner der *pueblos juvenes* von Lima verborgen, die in den periurbanen Elendsvierteln ihr Leben fristen und für ihr ökonomisches Überleben auf Selbsthilfestrukturen innerhalb des informellen Sektors angewiesen sind, da ihnen staatlicherseits außer leeren Versprechungen kaum Hilfe angeboten wird.

### 3. Armut und Einkommensverteilung

Armut hat vielfältige Ursachen. Armut entsteht, wenn die Menschen keinen Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und sozialen Sicherungssystemen haben oder ihnen dieser Zugang in Folge mangelnder Rechtsstaatlichkeit und Missachtung der Menschenrechte verwehrt wird. Armut entsteht, wenn Menschen unter gesellschaftlicher Diskriminierung leiden, die ihnen die Entfaltung und Nutzung ihrer Potenziale erschwert. Armut kann auch eine Folge verfehlter Wirtschaftspolitiken und ineffizienter staatlicher Verwaltungen sein. Die Persistenz von Massenarmut in Lateinamerika lässt sich aber keineswegs nur mit unzureichenden staatlichen Politiken erklären. Zu den Ursachen der Armut gehört im lateinamerikanischen Kontext auch die Art und Weise, in der Institutionen und Märkte die bestehenden Verteilungsmuster reproduzieren. In kaum einer anderen Weltregion ist die personelle Einkommensverteilung so ungleich und ist die Vermögenskonzentration in den Händen weniger so ausgeprägt wie in Lateinamerika. Zu den gravierendsten Beispielen gehört Brasilien, wo auf die 10 Prozent der Haushalte an der Spitze der Einkommenspyramide fast die Hälfte des gesamten Einkommens entfällt, während den ärmsten 10 Prozent weniger als ein Prozent des Gesamteinkommens zufließt (vgl. Abbildung 3).

**Abbildung 3: Einkommensverteilung in Brasilien 1996**





Die Einkommensverteilung in Brasilien ist einer der schockierendsten Fälle, aber keineswegs ein extremer Ausnahmefall innerhalb Lateinamerikas; auch in Chile, Guatemala, Kolumbien und Paraguay lag der Anteil der 20 Prozent Reichsten am Gesamteinkommen in den jeweiligen Berichtsjahren über 60 Prozent (vgl. Tabelle 4). In den meisten lateinamerikanischen Ländern entfielen auf die 20 Prozent der Ärmsten am Boden der Einkommenspyramide nur zwischen 3 und 4,5 Prozent der nationalen Einkommen, in Brasilien, Guatemala und Paraguay sogar noch weniger.

Die lange Zeit propagierte Erwartung, dass im Zuge eines gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozesses nicht nur die Einkommen der Eliten steigen würden, sondern dass die Ergebnisse der steigenden Wertschöpfung auch zu den Ärmern durchsickern würden, ist in Lateinamerika weitgehend enttäuscht worden. Trotz zeitweise geradezu spektakulärer Zuwachsraten des BIP – wie in Brasilien und Chile – sind Einkommenszuwächse nahezu ausschließlich den 20 bis 40 Prozent der Haushalte an der Spitze der Einkommenspyramide zugute gekommen. Zwar haben sich im Verlauf der 70er-Jahre des vorigen Jahrhunderts die Einkommensunterschiede in Lateinamerika verringert, aber das Ausmaß der sozialen Ungleichheit hat sich während der 80er-Jahre wieder verschärft und auch in den 90er-Jahren hat sich an der *relativen* Armut in den meisten Ländern der Region kaum etwas verändert.

Genauso wenig, wie sich das Vertrauen in den „trickle-down-Effekt“ und eine sich im Laufe der Zeit gleichsam von selbst egalisierende Einkommensverteilung bestätigt hat, genauso wenig haben sich in Lateinamerika Erwartungen erfüllt, Ungleichheiten der Einkommensverteilung mittels staatlicher Umverteilungsmaßnahmen korrigieren zu können. Das „klassische“ finanzpolitische Umverteilungsinstrumentarium – ein Verbund aus progressiver Einkommensbesteuerung und selektiven Transferzahlungen zugunsten einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen – kann dort nicht effektiv, d.h. nicht zielgruppenorientiert, eingesetzt werden, wo die notwendigen Verwaltungskapazitäten der Steuerbehörden fehlen und der große informelle Sektor steuerlich gar nicht erfasst wird. In vielen lateinamerikanischen Ländern wurde daher auf verteilungspolitische Surrogate zurückgegriffen, welche die Ausgaben- und Einnahmenseite des Staatsbudgets belasten, ohne gleichzeitige Kompensation auf der Einnahmenseite. Zu

solchen verteilungspolitischen Ersatzmaßnahmen zählen der verbilligte Verkauf von Grundnahrungsmitteln, die Subventionierung der öffentlichen Verkehrsmittel, die Abgabe von Elektrizität, Wasser, Gas durch öffentliche Versorgungsunternehmen unterhalb der Selbstkosten etc. Von solchen offenen und verdeckten Subventionen profitieren aber in der Regel nicht nur einkommensschwache Haushalte, sondern alle Konsumenten der preissubventionierten Güter, und zwar um so stärker, je mehr sie von diesem Gut kaufen. Preissubventionen sind daher nur für solche Güter sinnvoll, die überwiegend von der armen Bevölkerung gekauft werden. Wie die lateinamerikanischen Erfahrungen gezeigt haben, unterliegen aber verteilungspolitisch motivierte Staatseingriffe in die marktvermittelte Preisbildung häufig so starken Deformationen, dass damit dem Ziel einer größeren Verteilungsgerechtigkeit kaum näher zu kommen ist.

Auch eine undifferenzierte Ausweitung der Produktion und Distribution staatlicher Leistungen führt kaum zu einem „gerechteren“ Verteilungsergebnis. Da politisch einflussreiche Gruppen ihre Interessen besser artikulieren und durchsetzen können und daher bei der Verteilung der staatlichen Leistungen besonders begünstigt werden, sind die ärmeren Bevölkerungsschichten vielfach nicht in der Lage, ihre Versorgung mit öffentlichen und quasi-öffentlichen Gütern substantiell zu verbessern, auch wenn der Staat seinen Leistungsumfang (und die konsumtiven Staatsausgaben) massiv steigert.

Als Hebel zur Vermögens- und damit auch zur Einkommensumverteilung werden in lateinamerikanischen Ländern Landreformen gefordert, in Brasilien mit besonderem Nachdruck durch die Bewegung der Landlosen, dem *Movimento dos Sem Terras*. Die bisherigen Erfahrungen mit Landreformen in Lateinamerika waren allerdings überwiegend enttäuschend, da ihre sachgerechte Implementierung durch politische Rücksichtnahmen auf etablierte Gruppeninteressen behindert oder sogar in ihr Gegenteil verkehrt wurde. Die Verteilung von Grund und Boden an bislang besitzlose Bevölkerungsgruppen kann zu einer Agrarreform mit redistributiven Effekten erst durch eine Bodenbewirtschaftungsreform werden, d.h., wenn die neu geschaffenen (Klein-) Betriebe gegenüber den etablierten Unternehmen unter Marktbedingungen konkurrenzfähig sind.

**Tabelle 4: Personelle Einkommensverteilung in Lateinamerika**

Land	Jahr	Anteil der Einkommensgruppe an dem Gesamteinkommen in %						
		Unterstes Dezil	Unterstes Quintil	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	Oberstes Quintil	Oberstes Dezil
Bolivien	1990	2,3	5,6	9,7	14,5	22,0	48,2	<b>31,7</b>
Brasilien	1996	0,9	2,5	5,5	10,0	18,3	63,8	<b>47,6</b>
Chile	1994	1,4	3,5	6,6	10,9	18,1	61,0	<b>46,1</b>
Costa Rica	1996	1,3	4,0	8,8	13,7	21,7	51,8	<b>34,7</b>
Dominikan. Rep.	1996	1,7	4,3	8,3	13,1	20,6	53,7	<b>37,8</b>
Ecuador	1995	2,2	5,4	9,4	14,2	21,3	49,7	<b>33,8</b>
El Salvador	1996	1,2	3,4	7,5	12,5	20,2	56,5	<b>40,5</b>
Guatemala	1989	0,6	2,1	5,8	10,5	18,6	63,0	<b>46,6</b>
Honduras	1996	1,2	3,4	7,1	11,7	19,7	58,0	<b>42,1</b>
Jamaica	1996	2,9	7,0	11,5	15,8	21,8	43,9	<b>28,9</b>
Kolumbien	1996	1,1	3,0	6,6	11,1	18,4	60,9	<b>46,1</b>
Mexiko	1995	1,4	3,6	7,2	11,8	19,2	58,2	<b>42,8</b>
Nikaragua	1993	1,6	4,2	8,0	12,6	20,0	56,2	<b>39,8</b>
Panama	1997	1,2	3,6	8,1	13,6	21,9	52,8	<b>35,7</b>
Paraguay	1995	0,7	2,3	5,9	10,7	18,7	62,4	<b>46,6</b>
Peru	1996	1,6	4,4	9,1	14,1	21,3	51,2	<b>35,4</b>
Uruguay	1989	2,1	5,4	10,0	14,8	21,5	48,3	<b>32,7</b>
Venezuela	1996	1,3	3,7	8,4	13,6	21,2	53,1	<b>37,0</b>
<i>Zum Vergleich: Deutschland</i>	<i>1994</i>	<i>3,3</i>	<i>8,2</i>	<i>13,2</i>	<i>17,5</i>	<i>22,7</i>	<i>38,5</i>	<i>23,7</i>

Einkommensumverteilung zugunsten der ärmeren Bevölkerungsgruppen lässt sich allein durch den Einsatz einzelner Umverteilungsinstrumente nicht erreichen, sondern nur durch umfassende Strategien zur Förderung der sozialen Integration und der gesellschaftlichen Teilhabe der Armen. Allerdings stößt der Versuch, eine effektive Umverteilungspolitik zu implementieren, auf vielfältige Widerstände, denn in der Ungleichheit der Einkommen spiegeln sich sozioökonomische Gesellschaftsstrukturen und die ihnen entsprechenden Interessen- und Machtgruppierungen wider. So ist es nicht überraschend, dass sich lateinamerikanische (Einkommens-)Eliten mit auf wirtschaftliches Wachstum gerichteten Reformstrategien in der Regel identifizieren können, während explizite Umverteilungsstrategien ihren Widerstand hervorrufen. Auch insofern kann das wirtschaftliche Wachstumsziel nicht zugunsten einer besseren Verteilung der Einkommen aufgegeben werden, aber

andererseits darf wirtschaftliches Wachstum nicht mit einer Verschlechterung der personellen Einkommensverteilung erkaufte werden. Zwar haben die zurückliegenden Jahre für die meisten lateinamerikanischen Staaten eine insgesamt positive wirtschaftliche Entwicklung gebracht, aber das Wirtschaftswachstum reichte nicht zu einem nachhaltigen Abbau von Armut aus. Gesamtwirtschaftliches Wachstum ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine armutsmindernde Entwicklung. So konnten beispielsweise für die bolivianische Volkswirtschaft nach erfolgreichen makroökonomischen Reformen durchschnittliche Wachstumsraten von 4 Prozent p.a. registriert werden, dennoch leben auch heute noch über 60 Prozent der Bevölkerung des Landes unterhalb der (nationalen) Armutsgrenze.

#### 4. Armutsbekämpfung in Lateinamerika

Dass der Lösung der gravierenden sozialen Probleme Lateinamerikas auf der politischen Agenda Priorität zukommen muss, wird in der Region (fast) überall anerkannt. Armutsbekämpfung ist Teil des sozialstaatlichen Auftrags, der in den Verfassungen vieler lateinamerikanischer Staaten ausdrücklich festgeschrieben ist. So fordert beispielsweise Artikel 3 der brasilianischen Verfassung von 1988 die Schaffung einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, die Ausrottung von Armut und Marginalisierung sowie den Abbau sozialer Ungleichheiten, die Förderung des Wohlergehens aller, ohne Unterschiede von Herkunft, Rasse, Geschlecht, Hautfarbe, Alter und ohne irgendwelche anderen Formen der Diskriminierung. Mit dem Verfassungszusatz (*Emenda Constitucional N° 31*) vom Dezember 2000 hat der brasilianische Kongress die Verpflichtung des Staates zur Armutsbekämpfung konkretisiert.

Zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit liegen nicht nur in Brasilien Welten. Auch die Verfassung Venezuelas von 1999, die (in Artikel 2) als Fundamentalnormen der Gesellschaft Solidarität und soziale Verantwortung nennt, verpflichtet den Staat (in Artikel 3) zur Schaffung einer gerechten Gesellschaft und zur Förderung des Wohlstandes und des Wohlergehens aller; alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf kostenlosen Unterricht in den staatlichen Schulen (Artikel 103) sowie auf kostenlose staatliche Gesundheitsdienste (Artikel 84). Um diese sozialstaatliche Substanz der venezolanischen Verfassung in sozialstaatliche Realität umzusetzen, müsste UNDP-Schätzungen zufolge zusätzlich mindestens noch einem Viertel der Bevölkerung Venezuelas der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen gewährleistet und etwa weiteren 18 Prozent der Kinder im Primarschulalter der Schulbesuch ermöglicht werden.

Zumindest in Wahlkampfzeiten steht in fast allen Ländern Lateinamerikas der Kampf gegen die Massenarmut auf der politischen Agenda. Und so wie sich beispielsweise Fernando Collor de Mello dem Millionenheer der Armen Brasiliens, den *descamisados*, im Präsidentschaftswahlkampf 1989 erfolgreich als Reformers empfohlen hat, der für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen werde, genau so haben auch andere lateinamerikanische Spitzenpolitiker ihre Wahlsiege den Stimmen der Armen zu verdanken, denen sie einen Ausweg aus der Misere oder zumindest eine Besserung ihrer Situation versprochen. Es gehört zu den öffentlichkeitswirksamen Ritualen

lateinamerikanischer Politik, dass ein neu gewählter Präsident den entschiedensten Kampf seiner Regierung gegen die Armut im Lande ankündigt – die konsequente Umsetzung der programmatischen Ankündigung in konkrete Politik hat dann allerdings häufig auf sich warten lassen. Auch der neue mexikanische Präsident, Vicente Fox, hat vor seinem Amtsantritt in einer Rede (am 9.10.2000 in Santiago de Chile) die Überwindung der Armut als die größte Herausforderung für die neue Regierung bezeichnet, einem Ziel, dem er sich besonders verpflichtet fühle.

Wie die Ankündigung des Kampfes gegen die Armut in eine partizipativ erarbeitete Armutsbekämpfungsstrategie umzusetzen ist, wurde in Bolivien gezeigt. Im Rahmen eines breit angelegten „Nationalen Dialogs zur Armutsbekämpfung“ konsultierte die bolivianische Regierung bis zum September 2000 in allen 314 Gemeinden des Landes sowie auf Provinz- und nationaler Ebene Vertreter der Bevölkerung, von Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden, um eine konsensfähige Politikstrategie zur Armutsminderung (*Poverty Reduction Strategy – PRS*) zu erarbeiten. Die bolivianische PRS – deren Vorlage eine der Voraussetzungen für die Entschuldung im Rahmen der HIPC-Initiative ist – sieht vor, dass die durch die Entschuldung verfügbar werdenden Haushaltsmittel den Gemeinden auf der Grundlage von Armutskriterien übertragen werden und zivile Kontrollinstanzen die Umsetzung der Armutsbekämpfungsstrategie überwachen. Die bolivianische PRS zielt darauf ab, die Armutsinzidenz innerhalb der nächsten 15 Jahre von derzeit über 60 Prozent der Bevölkerung, die unterhalb der „nationalen Armutslinie“ leben, auf 40 Prozent zu reduzieren. Dieses Ziel soll u.a. durch eine Konzentration der staatlichen Ausgaben auf armutsorientierte Bereiche, durch institutionelle Reformen, verstärkte Dezentralisierung und Entpolitisierung der öffentlichen Verwaltung erreicht werden. Von der Formulierung einer Armutsbekämpfungsstrategie bis zu ihrer praktischen Umsetzung ist es allerdings ein weiter Weg, auf dem sich den angekündigten Reformen – insbesondere der Dezentralisierung des öffentlichen Sektors und der Korruptionsbekämpfung – erhebliche Hindernisse entgegenstellen.

Der Entstehungsprozess der bolivianischen PRS hat gezeigt, wie schwierig und langwierig es ist, unter den gegebenen Bedingungen einen breiten gesellschaftlichen Konsens über eine nationale Strategie der Armutsbekämpfung zu finden. Die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Formulierung der PRS war in Bolivien kei-

neswegs eine Selbstverständlichkeit, sondern sie wurde unumgänglich, um den Anforderungen der HIPC-Initiative zu entsprechen. Bolivien hat den Prozess zur Formulierung einer Armutsbekämpfungsstrategie zwar inhaltlich und organisatorisch eigenverantwortlich durchgeführt, aber er wurde auch von externen Akteuren finanziell und mit Beratungen unterstützt. In diese Beratungen sind neuere Erkenntnisse aus der internationalen Diskussion über die Ursachen von Armut und Möglichkeiten der Armutsminderung eingeflossen: dass Strategien der Armutsbekämpfung (1.) den Armen wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten bieten müssen, (2.) die Möglichkeiten der Armen stärken sollen, an politischen Prozessen und Entscheidungen mitzuwirken und (3.) den

Armen eine verbesserte Absicherung gegen wirtschaftliche und soziale Risiken zu ermöglichen haben (vgl. Kasten 2). Vorerst lässt sich über die Erfolgsaussichten und zukünftige Ergebnisse der bolivianischen PRS nur spekulieren, da die entscheidende Phase, die Implementierung, noch aussteht. Dass der politische Kompromiss schnell wieder brüchig werden kann, der in Bolivien bei der Formulierung der nationalen PRS erzielt worden war, haben die Unruhen vom Juni 2001 gezeigt, bei denen ein unübersichtliches Spektrum von Protestierenden enttäuschte Erwartungen mit Demonstrationen, Blockaden und Märschen nach La Paz zum Ausdruck brachte (siehe *Brennpunkt Lateinamerika* 12-2001).

### **Kasten 2: Das Drei-Säulen-Konzept der Armutsbekämpfung**

In der internationalen Diskussion über Strategien der Armutsbekämpfung dominierte bis in die neunziger Jahre das Konzept einer zweidimensionalen Vorgehensweise: Förderung arbeitsintensiver, gesamtwirtschaftlicher Wachstumsprozesse durch Öffnung gegenüber dem Weltmarkt und Investitionen in die Infrastruktur sowie eine Verbesserung der Gesundheits- und Erziehungsdienstleistungen für die Armen. In ihrem „Weltentwicklungsbericht 2000/2001“ plädiert die Weltbank für eine breiter angelegte, dreidimensionale Strategie der Armutsbekämpfung:

1. **Wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten für die Armen** („*Promoting opportunity*“): Die Armen müssen die Möglichkeiten bekommen, ihre eigenen Fähigkeiten zu nutzen und wirtschaftlich produktiv tätig zu werden. Gesamtwirtschaftliches Wachstum ist eine Voraussetzung für einen Abbau von Armut, die Armen können aber nur dann vom gesamtwirtschaftlichen Wachstum profitieren, wenn die Ressourcen gleichmäßiger verteilt sind. Dies erfordert in Ländern mit ausgeprägter Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung staatliche Unterstützung für die Armen, damit sie Humankapital, Sachkapital und Land erwerben können und Nutzungsmöglichkeiten der Infrastruktur haben.
2. **Mitsprache der Armen im politischen und gesellschaftlichen Prozess** („*Facilitating empowerment*“): Arme Menschen haben nur eingeschränkte Möglichkeiten, auf politische Prozesse und Entscheidungen im Sinne ihrer Bedürfnisse einzuwirken. Um Arme zu eigenverantwortlichem Handeln zu ermächtigen, müssen sie befähigt werden, ihre Interessen geltend zu machen. Dezentralisierungsprozesse der staatlichen Verwaltung fördern die Partizipation der Armen im öffentlichen Bereich. Die staatlichen Institutionen müssen sich aber auch stärker an den Bedürfnissen der Armen orientieren und sich der öffentlichen Kontrolle stellen, damit Korruption und Klientelismus unterbunden werden.
3. **Absicherung gegen Risiken** („*Enhancing security*“): Arme Menschen sind gegenüber wirtschaftlichen und sozialen Risiken besonders anfällig. Sie sind Krankheiten, Ernteausfällen, Naturkatastrophen, aber auch Konjunktureinbrüchen meist hilflos ausgeliefert und sie sind die meisten Opfer von Gewaltverbrechen. Eine bessere Absicherung der Armen gegen diese Risiken wird durch ein vielfältiges Instrumentarium erreicht: durch die Einbeziehung in soziale Sicherungssysteme, durch die Förderung lokaler Solidaritätsstrukturen, durch Beschäftigungsförderung, durch verbesserten Zugang zu Krediten, durch Anlagemöglichkeiten für ihre Ersparnisse, durch eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik.

Nicht nur für die vier lateinamerikanischen Staaten, die sich für eine Entschuldung im Rahmen der HIPC-Initiative qualifizieren können, sind konsensfähige Strategien der Armutsbekämpfung unabdingbar. Auch in den meisten anderen Ländern Lateinamerikas stellt die Massenarmut ein Konfliktpotential dar, dass durch Förderung der sozialen Integration und der gesellschaftlichen Teilhabe der Armen abgebaut werden kann, sofern es gelingt, eine solche auf Armutsminderung gerichtete Politik mit wirtschaftlichem Wachstum zu verknüpfen. Die „Armutslucke“ in Lateinamerika betrug Ende der neunziger Jahre schätzungsweise 17 Prozent, d.h. finanzielle Mittel in Höhe von 17 Prozent des

Gesamteinkommens der extrem armen Bevölkerung wären erforderlich gewesen, um alle extrem Armen über die „Armutslinie“ eines Einkommens von US\$ 1 pro Tag zu heben. Ohne hinreichendes Wirtschaftswachstum lässt sich eine „Armutslucke“ dieser Größenordnung nicht schließen. Im Unterschied zu Lateinamerika, wo bei nur moderatem Wirtschaftswachstum die absolute und relative Armut lediglich geringfügig zurückgegangen ist, war es in Ostasien möglich, bei hohen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten die Zahl der Menschen, die mit weniger als US\$ 1 pro Tag auszukommen haben, zwischen 1987 und 1998 von 417 auf 278 Millionen zu senken.

#### **Nützliche Internet-Adressen zum Thema:**

<http://www.bmz.de>

<http://iadb.org>

<http://www.undp.org>

<http://www.worldbank.org>

**Autorennotiz:** Prof. Dr. Hartmut Sangmeister, Dipl.-Volkswirt, lehrt Entwicklungsökonomie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Forschungsschwerpunkte der letzten Jahre: Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lateinamerikas; wirtschaftspolitische Reformprozesse und regionale Integration im südlichen Lateinamerika. E-Mail: [hartmut.sangmeister@urz.uni-heidelberg.de](mailto:hartmut.sangmeister@urz.uni-heidelberg.de).

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Jens Urban

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

#### **INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE**

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: [iikh@uni-hamburg.de](mailto:iikh@uni-hamburg.de) · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>